



■ AUF EINEN BLICK	2
■ DIE AUFGABE <i>Lagebericht des Vorstands</i>	3
■ DIE PRÄSENZ <i>Übersicht der Direktionen</i>	14
■ DIE BILANZ	15

■ Der POSTDIENST wurde durch die Postreform I der Deutschen Bundespost wie auch die Telekom und die Postbank 1990 zu einem eigenständigen Unternehmen. Mit der Postreform II entstand zum 1. 1. 1995 die Deutsche Post AG, eine Aktiengesellschaft im Staatsbesitz. Die Privatisierung ist mit dem Gang an die Börse für 1998 geplant.

■ Das Unternehmen versteht sich als ein Dienstleister in der Kommunikations- und Transportwirtschaft. Als Dienstleister richtet es seine Angebote auf die Forderungen der privaten und gewerblichen Kunden aus.

■ Das Unternehmen steht in vielen Bereichen im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft. Es erfüllt zudem den ihm vom Staat vorgegebenen Infrastrukturauftrag einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung.

■ Die grundlegenden Ziele des Unternehmens sind:

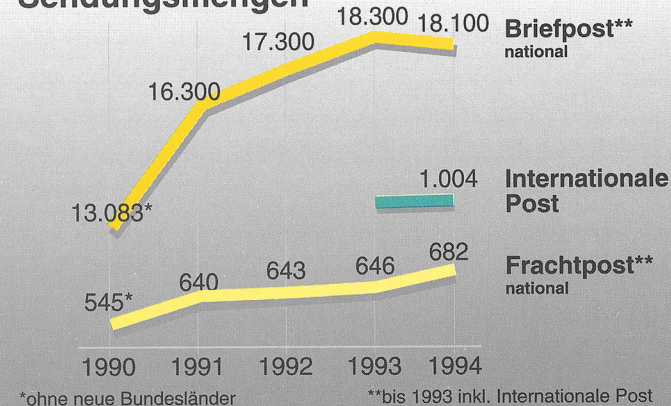
- Führerschaft in der Service-Qualität, auch im internationalen Maßstab.
- Umgestaltung von einer Behörde in ein wirtschaftliches Unternehmen und Vorbereitung auf die Privatisierung.
- Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch Orientierung auf den Markt und die Kunden.

Kerndaten 1994

Mitarbeiter*	342.413
Postfilialen	19.200
Erträge (Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erträge)	28,4 Mrd. DM
Investitionen	3,1 Mrd. DM
Ergebnis (aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit)	256,7 Mio. DM

* nach der Kopfzahl

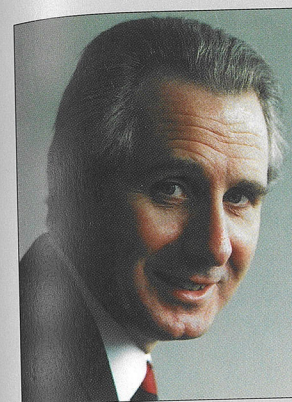
Sendungsmengen



Organe und Struktur



SOLIDE WIRTSCHAFTLICHE BASIS FÜR DIE NEUE AG GESCHAFFEN



Dr. Klaus Zumwinkel,
Vorstandsvorsitzender
der Deutschen Post AG

Fünf Jahre nach dem ersten Schritt in die Eigenständigkeit wurde Ende 1994 mit Abschluß des letzten Geschäftsjahres als Deutsche Bundespost POSTDIENST die Wendemarke zum Start als Aktiengesellschaft fast zielgenau erreicht. Die Deutsche Post AG baut bei ihrem Antritt in neuer Rechtsform als Deutsche Post AG zum 1. Januar 1995 auf einer soliden wirtschaftlichen Basis auf, die in den letzten fünf Jahren erarbeitet wurde. Nach einer dynamischen Entwicklung seit 1990 konnte trotz weiterhin bestehender Strukturdefizite in den neuen Bundesländern 1994 neben anderen Erfolgen ein entscheidendes Ziel erreicht werden: Erstmals wurde für Gesamtdeutschland ein positives Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

ERNEUTES UMSATZPLUS UND ERHEBLICHE ERGEBNISVERBESSERUNG

■ Die Gesamterträge (Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erträge) stiegen 1994 um 1 Milliarde DM auf 28,4 Milliarden DM. An Umsatzerlösen wurden 1994 24,8 Milliarden DM erwirtschaftet; ein Plus von 1,1 Milliarden DM.

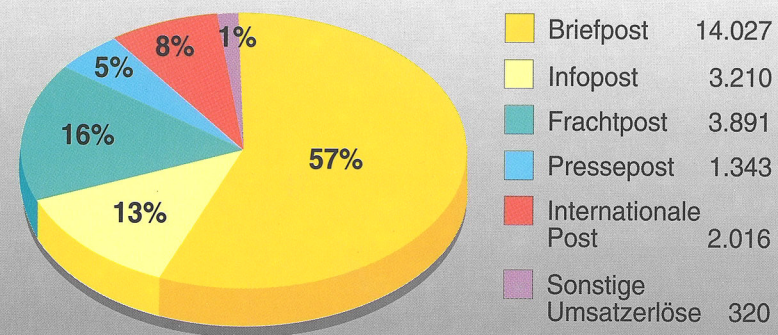
■ Die Sparte Briefpost verbesserte ihre Umsätze um 3,7 Prozent auf 18,6 Milliarden DM. Davon entfielen 14,0 Milliarden DM auf die Geschäftsfelder Brief und Philatelie (+ 2,1 Prozent), 3,2 Milliarden auf die Infopost (+ 6,9 Prozent) und 1,3 Milliarden DM auf die Pressepost (+ 14,6 Prozent). Die Sparte Internationale Post erreichte Umsätze in Höhe von 2,0 Milliarden DM (+ 6,3 Prozent). Die Frachtpost erzielte 1994 Umsätze von 3,9 Milliarden DM (+ 5,4 %). Die übrigen Umsatzerlöse lagen bei 0,3 Milliarden DM. Beteiligungs- und Zinserträge wurden in Höhe von 0,2 Milliarden DM erzielt.

■ Im Gegensatz zu den insgesamt sowohl bei der Brief- wie bei der Frachtpost gestiegenen Umsätzen war die Entwicklung der Sendungsmengen in den einzelnen Geschäftsfeldern sehr unterschiedlich.

■ Während die Zahl der Sendungen im Geschäftsfeld Infopost mit plus 14,4 Prozent auf 6,6 Milliarden und bei Pressepost um 1,9 Prozent auf 2,2 Milliarden zunahm, ging die Zahl der Sendungen bei Brief um 5,1 Prozent auf 9,3 Milliarden zurück.

Gesamterträge:
Plus von 1 Milliarde DM

**Unterschiedliche
Entwicklung der
Sendungsmengen**

Umsatzerlöse 1994 (nach Geschäftsfeldern in Mio. DM)**Umsatzerlöse = 24.807**

■ Bei der Sparte Internationale Post sind die Sendungen im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent auf 1,0 Milliarden Sendungen gestiegen.

■ Bei der inländischen Frachtpost wurde (einschließlich der Infopost-Schwer) ein Sendungsvolumen von 682 Millionen Sendungen und damit ein Plus von 10,7 Prozent erreicht.

■ Der Gesamtaufwand (ohne Ablieferung und Steuern) stieg

gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % auf 29,2 Milliarden DM. Davon entfielen 20,6 Milliarden DM auf den Personalaufwand.

**Im Jahresschnitt
342.413 Mitarbeiter
beschäftigt**

■ Im Jahresdurchschnitt 1994 beschäftigte das Unternehmen insgesamt 342.413 Mitarbeiter (Köpfe), budgetwirksam 285.585 (-5,5 %). Die Zahl der Auszubildenden lag bei 8.775 im Jahresdurchschnitt.

■ Einen neuen Rekord erreichten 1994 die Investitionen. Sie übertrafen mit 3,1 Milliarden das Vorjahr um 62 Prozent.

ERGEBNIS: ERSTMALS SCHWARZE ZAHLEN

**Gewinn aus gewöhnlicher
Geschäftstätigkeit:
257 Millionen DM**

■ 1994 erzielte das Unternehmen zum ersten Mal seit der deutschen Wiedervereinigung ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Mit 257 Millionen DM konnte im Vergleich zum Vorjahr auch eine deutliche Steigerung um 429,5 Millionen DM erreicht und damit die positive Dynamik der letzten Jahre eindrucksvoll fortgesetzt werden.

■ Nach Abzug der außerordentlichen Aufwendungen von 0,9 Milliarden DM und der letztmals für 1995 zu leistenden Ablieferung an den Bund und sonstiger Steuern von insgesamt 2,3 Milliarden DM beträgt der verbleibende Jahresfehlbetrag 2,9 Milliarden DM. Der Bilanzverlust wird aufgrund der Gesamtregelungen zur Postreform II weitgehend ausgeglichen.

**Bilanzverlust wird
ausgeglichen**

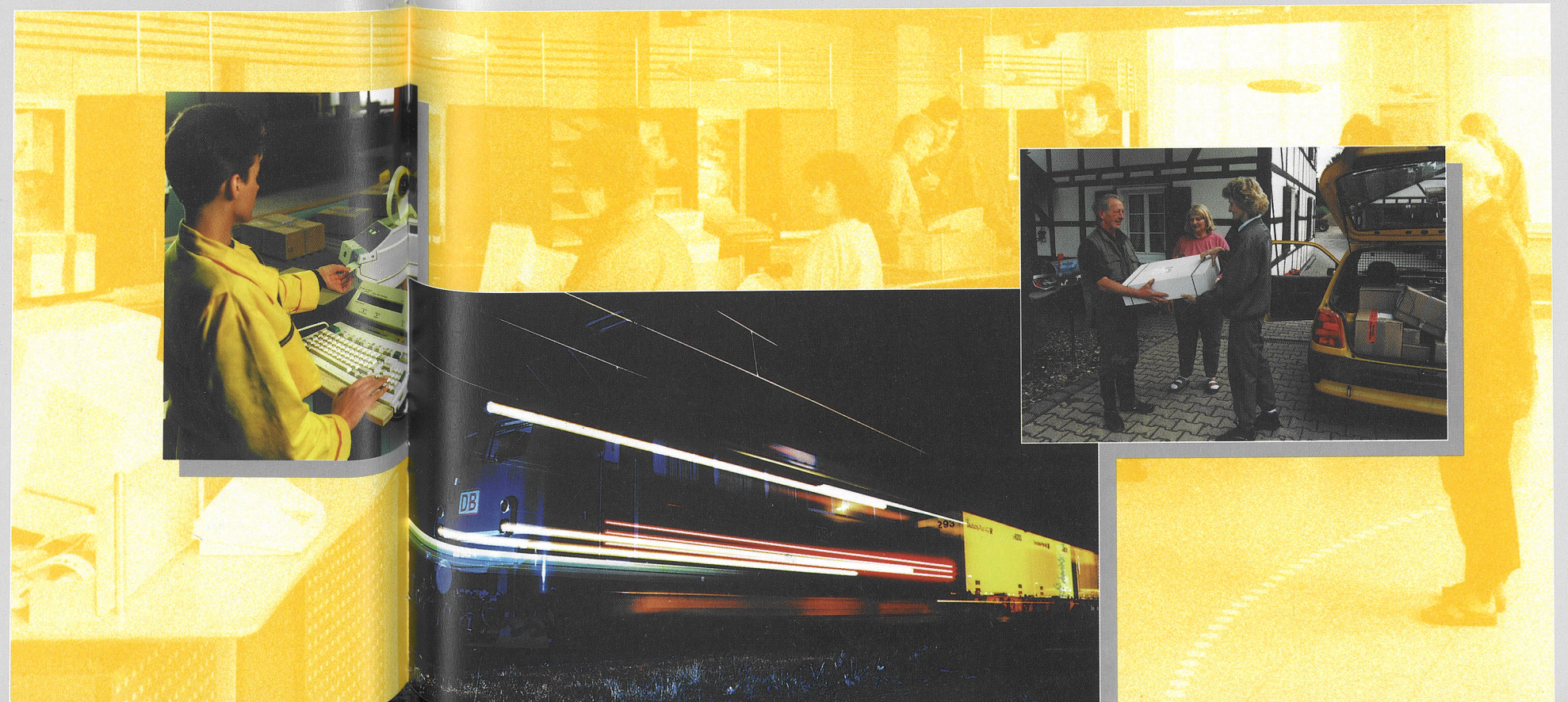
■ Entscheidend für die Deutsche Post AG ist die Eröffnungsbilanz zum 1.1.1995. Diese wird bei einer Bilanzsumme von ca. 20,5 Milliarden DM ohne Berücksichtigung nicht passivierter Pensions- und Versorgungsverpflichtungen voraussichtlich eine bilanzielle Eigenkapitalquote von 30 Prozent ausweisen. Die Rückstellungen machen 44 Prozent und die Verbindlichkeiten 26 Prozent des Gesamtkapitals aus.

**Eröffnungsbilanz 1995:
30 Prozent Eigenkapital**

DEUTLICHE VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

■ Neben den positiven wirtschaftlichen Ergebnissen schaffte das Unternehmen 1994 auch weitere wichtige Schritte auf dem vorgezeichneten Weg zum marktorientierten und wettbewerbsfähigen Unternehmen. Zusätzlich zu den erreichten Wegmarken der nachfolgend noch angesprochenen Konzepte für die Brief-, Frachtpost und Postfilialen gelang es, die Qualitätsbasis als Dienstleister zu stärken.

**Qualitätsbasis
weiter gestärkt**



**Laufzeiten der Briefpost
erneut verbessert**

■ So wurden bei der Briefpost die Laufzeiten erneut verbessert und durch eine externe end-to-end-Messung transparent und überprüfbar gemacht. Für den Brief ist die Quote für die Auslieferung einen Tag nach der Einlieferung auf annähernd 90 Prozent gesteigert worden. Die Quote für die Zustellung spätestens am zweiten Tag nach der Einlieferung konnte auf 98 Prozent verbessert werden. In den neuen Bundesländern ist zudem das Westniveau erreicht.

**Postfilialen: kunden-
orientierte Qualität**

■ Spürbare Qualitätssteigerungen sind aber auch in anderen Dienstleistungsbereichen zu verzeichnen. So trug in den Postfilialen das Projekt „Kundenorientierte Qualität“ durch engagierte Qualitätsteams und regelmäßige Qualitätsmessungen zu zahlreichen positiven Veränderungen bei.

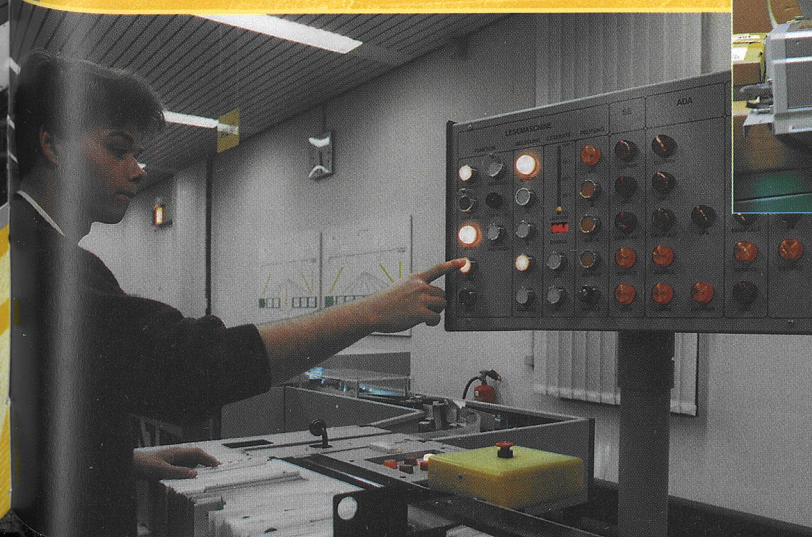
POSTREFORM I: STRATEGISCHE NEUAUSRICHTUNG GELUNGEN**Neue Geschäftsstrategien
am Markt verwirklicht**

■ Grundlage für die klaren Erfolge der vergangenen fünf Jahre ist die konsequente strategische Neuausrichtung des gesamten Unternehmens. Die mit der Postreform I geschaffenen Möglichkeiten einer weitgehend eigenständig am Markt arbeitenden „gelben Post“ wurden planmäßig genutzt. In Verbindung mit der konsequenten Umstrukturierung auf die Sparten Briefpost, Frachtpost und Postfilialen wurden neue Geschäftsstrategien am Markt verwirklicht.

**Produktspektrum und
Produktionssystem
erneuert**

■ Alle Sparten und Geschäftsfelder haben dabei gewaltige Transformationen bewältigt. Neben dem Produktspektrum wird auch das Produktionssystem in allen wichtigen Geschäftsfeldern insgesamt erneuert.

■ Dieses gelang trotz einer schwierigen Startposition in 1990: Neue Gesetzesanforderungen, hohe Verluste und eine klassische Behördenorganisation stellten das neue Unternehmen vor besondere Aufgaben. Die Sanierung der Geschäfte und die Ausrichtung auf ein wettbewerbsfähiges Unternehmen belastete zudem eine ungeplante Herausforderung: die deutsche Wiedervereinigung.



■ Auch sie wurde erfolgreich bewältigt. Die Postsysteme in Ost und West wurden vereinheitlicht. Das Qualitätsniveau in den neuen Bundesländern konnte drastisch gesteigert werden. Die verbleibenden Risiken sind heute vom Unternehmen beherrschbar.

■ Insgesamt konnte seit 1990 die Leistungsseite erheblich verbessert werden. Die Erträge wurden von 20,2 Milliarden DM (ohne neue Bundesländer) um 42 Prozent auf 28,6 Milliarden DM erhöht.

■ Dieses gelang nicht zuletzt aufgrund deutlicher Erfolge auf der Kostenseite durch Stellenabbau und hohe Investitionen in neue Betriebstechnik. Durch diese moderne Technologie sowie durch die neuen organisatorischen Rahmenbedingungen konnten deutliche Produktivitätsfortschritte erzielt werden.

■ Die Investitionen wurden kontinuierlich gesteigert. Insgesamt investierte das Unternehmen seit 1990 fast 10 Milliarden DM.

■ Seit der Ende 1990 erfolgten Fusion der Bundespost POSTDIENST mit der Deutschen Post der ehemaligen DDR wurden 46.000 Stellen abgebaut und damit der Personalstand um 14 Prozent gesenkt. Der Stellenabbau konnte grundsätzlich ohne betriebsbedingte Kündigungen sozialverträglich gestaltet werden.

**Postsysteme in Ost und
West vereinheitlicht****Deutliche Erfolge
auf der Kostenseite****Personalbestand um
14 Prozent verringert**

AKTUELLE ENTWICKLUNG: UMSÄTZE BESSER ALS IM VORJAHR

Das laufende Jahr 1995 ist durch mehr und härteren Wettbewerb, aber auch durch eine konjunkturelle Erholung geprägt. In den ersten Monaten entwickelten sich Absatz und Umsatz besser als im Vorjahr.

BRIEFPOST: AUFBAU DES NEUEN PRODUKTIONSSYSTEMS IM ZEITPLAN

■ Bei der Briefpost steht die weitere Einführung des komplett neuen Produktionssystems auch 1995 im Vordergrund. Von den 83 neuen Briefpostzentren wurden 1994 die ersten beiden fertiggestellt und in diesem Jahr folgen 14 weitere.

■ Mit dem neuen Infopost-Angebot (seit 1. April 1995) hat die Post AG ihr Angebot auf die aktuellen Anforderungen des Marktes ausgerichtet. Eine deutliche Vereinfachung bei der Vorsortierung und eine flexiblere und bedarfsorientierte Produktpalette schaffen Kosteneinsparungen für den Versender. Bei großen Einlieferungsmengen können zudem Vorleistungen noch stärker für Preisnachlässe berücksichtigt werden.

■ Außerdem wurde mit dem neuen „Infobrief“ ein attraktives Zwischenprodukt zwischen Brief und Infopost geschaffen.

FRACHTPOST: NEUES SYSTEM GEHT 1995 STUFENWEISE IN BETRIEB

■ Das in den vergangenen Jahren systematisch aufgebaute neue Frachtpostsystem geht 1995 stufenweise in Betrieb. Bereits Anfang März nahmen die Frachtpostzentren die Eingangsbearbeitung auf. Ab 1. Juli verfügt das Unternehmen über eines der modernsten Frachtlogistiknetze Europas. Damit ist die Grundlage für weitere Absatzsteigerungen und eine zügige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation geschaffen.

Die ersten von 83 neuen Briefzentren fertiggestellt

Infopost: Neues Angebot auf den Markt ausgerichtet

Modernstes Frachtlogistiknetz Europas

■ Mit Investitionen von 4 Milliarden DM sind 33 typengleiche Frachtpostzentren an verkehrsgünstigen Standorten errichtet worden. Die mit modernster Verteiltechnik ausgestatteten Frachtpostzentren sind untereinander durch Direktverkehre verbunden. Das neue System sorgt dafür, daß täglich 2,5 Millionen Pakete so schnell und wirtschaftlich wie nie zuvor befördert und zugestellt werden können. Über 80 Prozent der Sendungen erreichen den Empfänger schon am nächsten Tag.

■ Das bedeutet für den Frachtpost-Kunden eine völlig neue Dienstleistungsqualität, deren Kern das neue Standardprodukt Post-Paket ist. In ihm werden die vom Markt geforderten Leistungsmerkmale zusammengefaßt und zu äußerst wettbewerbsfähigen Konditionen angeboten.

POSTFILIALEN: NETZOPTIMIERUNG UND MEHR KUNDENSERVICE

■ Auf den Kunden zielen auch die Aktivitäten in den Postfilialen. Neben dem weiteren Ausbau des Konzeptes „open service“ steht 1995 die weitgehende Terminalisierung aller Postfilialen im Vordergrund. Bis Ende des Jahres sollen rund 10.000 weitere Postschalter mit dem Computersystem EPOS92 ausgestattet werden, das heute bereits 7.000 Schalter in 4.000 Postfilialen wirksam unterstützt. Über EPOS können sämtliche Dienstleistungen online und mit erheblich weniger internem Aufwand angeboten werden. Der Service am Schalter wird für den Kunden deutlich erleichtert und beschleunigt.

Täglich 2,5 Millionen Paketsendungen

Das Post-Paket: völlig neue Qualität

EPOS: Service online für alle Postfilialen



Postagenturen in der Praxis bewährt

■ Mehr Kundennähe und die gleichzeitige Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Filialnetzes ermöglicht die Einrichtung der Postagenturen, die mit externen Partnern betrieben werden. Die Erfahrungen mit mittlerweile gut 1.000 eingerichteten Postagenturen sind ausgesprochen positiv.

INTERNATIONALE POST: NEUE PRODUKTE UND NEUE PRODUKTION

Internationale Post: Konzentration auf zwei Zentren

■ Auch bei der internationalen Brief- und Paketpost erfolgt eine konsequente Umstrukturierung der Produkte und der gesamten Produktion. Zur Erreichung optimaler Qualitätsstandards und effizienter Produktionsabläufe konzentriert die Internationale Post die Postbearbeitung auf zwei Internationale Postzentren und fünf Internationale Frachtstationen.

NEUE GESCHÄFTSFELDER UND KONSEQUENTE INNOVATIONSORIENTIERUNG

■ Nachdem die Modernisierung der traditionellen Postgeschäfte erfolgreich verläuft, können verstärkt neue Geschäftsfelder entwickelt werden. Systematisch müssen hier die vorhandenen Stärken weiterentwickelt werden.

Neue Dienste: „ePOST“ und „InHausPost“

■ Mit dem hybriden Dienst „ePOST“ und der neuen „InHausPost“ konnten erste Markterfolge erreicht werden. Andere Geschäftsfelder wie Mehrwertdienste rund um die Infopost werden konzeptionell entwickelt und marktfähig gemacht. Neue Dienstleistungen in den Postfilialen werden bereits systematisch getestet.

■ Die neuen Geschäftsfelder werden den Kundennutzen erheblich erweitern und so auch das Kerngeschäft stärken und fördern. Die Post der Zukunft wird weiterhin Briefsendungen und Frachtpost befördern, darüber hinaus aber auch ihre Netze und ihr Know-how nutzen, um erfolgreich neue Dienstleistungen anzubieten.

MODERNE UND EFFEKTIVE ORGANISATION

■ Spartenorganisation, Entbürokratisierung und professionelle Systeme stehen im Mittelpunkt der Organisationsentwicklung. Die Zuordnung der Direktionen (23) auf Sparten ist bereits erfolgt, die spartenbezogenen Niederlassungen (169) sind bestimmt. Bis zum Jahresende 1995 wird die Sparten-trennung auf allen Ebenen vollzogen sein.

■ Die Transformation von der Verwaltungsbehörde zur markt- und kundenorientierten Organisation ist in weiten Teilen erfolgreich bewältigt.

Spartenausrichtung bis zu den Niederlassungen



AUF DIE WEITERE ÖFFNUNG DER POSTMÄRKTE VORBEREITET

**Öffnung der Postmärkte
ein weltweiter Trend**

■ Neben dem indirekten Wettbewerb durch vorhandene und neue elektronische Kommunikation nimmt der direkte Wettbewerb in den kommenden Jahren zu. Die Öffnung der Postmärkte wird sich fortsetzen. Ein weltweiter Trend läßt sich nicht aufhalten.

■ Im traditionellen Monopolbereich ist 1995 mit der Lizenzierung für Infopost jenseits der 250 g-Grenze ein bedeutender Marktöffnungsschritt erfolgt.

**Faire Bedingungen
Voraussetzung für
den Wettbewerb**

■ Das Unternehmen respektiert eine schrittweise, kalkulierbare Einschränkung des reservierten Bereiches. Die Deutsche Post AG sieht sich nicht als Monopolverwalter, sondern unterstützt sinnvolle Liberalisierungsschritte. Unerlässlich allerdings sind faire Wettbewerbsbedingungen.

■ Liberalisierung mit Augenmaß muß vor dem Hintergrund der Sonderlasten, die das Unternehmen zu tragen hat, geplant werden. Das sind neben dem Infrastrukturauftrag einer flächendeckenden Versorgung auch die übernommenen Altlasten, insbesondere die Pensionszahlungen an Beamte im Ruhestand sowie Beiträge an die Versorgungsanstalt. Das Unternehmen muß 1995 einen erheblichen Anteil seiner Umsatzerlöse für politische Lasten und Altlasten aufwenden.

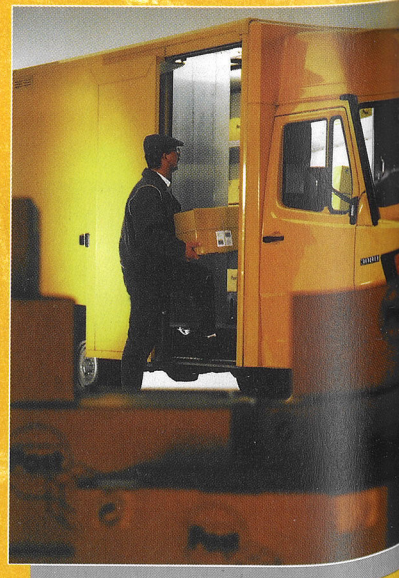
**Weitere Liberalisierung
erfordert den euro-
päischen Einklang**

■ Die weitere Öffnung der Postmärkte sollte aber auch im Einklang mit der Postpolitik der anderen Länder der Europäischen Union erfolgen. Deutsche Alleingänge gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

ERSTER BÖRSENGANG 1998

■ Die neue Rechtsform der Aktiengesellschaft ist eine notwendige Voraussetzung des Unternehmenserfolges. Sie allein aber garantiert noch nicht die Wettbewerbsfähigkeit. Hier sind auch in den kommenden Jahren weiterhin gewaltige Anstrengungen notwendig. Die Grundlagen für die Privatisierung der Deutschen Post AG aber sind geschaffen und bieten ausgezeichnete Chancen für den Erfolg des Unternehmens.

■ Dazu muß nach der formalen Privatisierung nun auch schrittweise die materielle Privatisierung der bislang noch voll im Bundesbesitz befindlichen AG erfolgen. Wenn es weiterhin gelingt, die positive Dynamik in gute wirtschaftliche Ergebnisse umzusetzen, ist der erste Börsengang für 1998 geplant.

**Grundlagen für die
Privatisierung geschaffen****Positive Dynamik
als AG nutzen**

Direktion Berlin
14046 Berlin
(030) 3 28-0

Direktion Bremen
Postfach 10 80 80
28080 Bremen
(0421) 20 33-0

Direktion Dortmund
44129 Dortmund
(0231) 90 27-0

Direktion Dresden
Postfach 16 00 00
01287 Dresden
(0351) 45 67-0

Direktion Düsseldorf
40201 Düsseldorf
(0211) 9 69-6

Direktion Erfurt
99081 Erfurt
(0361) 66 44-0

Direktion Frankfurt
60285 Frankfurt
(069) 97 51-0

Direktion Freiburg
79095 Freiburg
(0761) 88 34-0

Direktion Halle
Postfach 10 00
06015 Halle
(0345) 50 05-0

Direktion Hamburg
22292 Hamburg
(040) 63 88-0

Direktion Hannover
Postfach 70 00
30001 Hannover
(0511) 28 84-0

Direktion Karlsruhe
76127 Karlsruhe
(0721) 93 59-0

Direktion Kiel
24100 Kiel
(0431) 98 61-0

Direktion Koblenz
56065 Koblenz
(0261) 30 20-0

Direktion Köln
50482 Köln
(0221) 49 99 -0

Direktion München
80324 München
(089) 55 99-0

Direktion Münster
48135 Münster
(0251) 13 12-0

Direktion Nürnberg
90329 Nürnberg
(0911) 5 87-0

Direktion Potsdam
Postfach 60 05 54
14405 Potsdam
(0331) 38-0

Direktion Regensburg
93043 Regensburg
(0941) 58 38-0

Direktion Saarbrücken
66104 Saarbrücken
(0681) 4 01-0

Direktion Schwerin
Postfach 01 10 31
19010 Schwerin
(0385) 57 10-0

Direktion Stuttgart
Postfach 10 10 30
70009 Stuttgart
(0711) 18 70-0

BILANZ

zum 31. Dezember 1994

Aktiva

	Stand 31.12.94 TDM	Stand 31.12.93 TDM
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	28.262	23.354
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9.281.816	9.171.406
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.452.662	708.885
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.118.710	867.011
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	677.08	1.777.512
	12.530.271	12.524.814
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	251.460	269.620
2. Beteiligungen	29.643	57.036
3. Ausleihungen für Wohnungsbauförderung	2.858.521	3.047.795
4. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	31.007	39.857
	3.170.631	3.414.308
Anlagevermögen gesamt	15.729.164	15.962.476
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	6.153	52.486
2. Waren	1.856	1.959
	8.009	54.445
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	459.281	274.914
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.620	19
3. Forderungen gegen DBP POSTBANK, DBP TELEKOM und deren verbundene Unternehmen	352.974	93.100
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.316	333
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1.970.722	725.459
	2.792.913	1.093.825
III. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	175.358	249.383
IV. Flüssige Mittel	1.705.654	1.689.780
Umlaufvermögen gesamt	4.681.934	3.087.433
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
1. Disagio	67.532	5.847
2. Sonstige Rechnungsabgrenzung	794.572	813.252
Rechnungsabgrenzung gesamt	862.104	819.099
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	601.176	607.400
	21.874.378	20.476.408

Passiva

[illegible]

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1994

		1994	1993
	TDM	TDM	TDM
1. Umsatzerlöse		24.806.658	23.696.582
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		4.152	8.355
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>3.554.352</u>	<u>3.706.499</u>
		<u>28.365.162</u>	<u>27.411.436</u>
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	425.788		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>2.570.847</u>	2.996.635	3.406.198
5. Personalaufwand			
a) Löhne, Gehälter und Bezüge	14.124.790		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>6.444.172</u>	20.568.962	21.272.311
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.230.119		
b) auf Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	<u>6.224</u>	1.236.343	759.966
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.973.691	2.135.388
8. Erträge aus Beteiligungen		2.485	1.686
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		209.004	396.499
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen		84.949	6.346
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>459.308</u>	<u>402.184</u>
		<u>28.108.399</u>	<u>27.584.208</u>
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		256.763	-172.772
13. Außerordentliche Aufwendungen		875.963	-
14. Ablieferungen an den Bund, Steuern			
a) Ablieferung an den Bund	2.189.677		
b) Steuern	<u>112.995</u>	2.302.672	2.294.522
15. Erträge aus Finanzausgleich		-	<u>726.400</u>
16. Jahresfehlbetrag		-2.921.872	-1.740.894
17. Erträge aus der Auflösung der Sonderrücklage gem. § 17 Abs. 4 DMBilG		6.224	10.088
18. Verlustvortrag		<u>-3.019.573</u>	<u>-1.288.767</u>
19. Bilanzergebnis		<u>-5.935.221</u>	<u>-3.019.573</u>

Anhang

zum Jahresabschluß 31. Dezember 1994 des öffentlichen Unternehmens
Deutsche Bundespost POSTDIENST

A. ALLGEMEINE ANGABEN

(1) RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Die DBP POSTDIENST ist gemäß § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) als Teil des Sondervermögens der Deutschen Bundespost zum 1. Januar 1995 in die Deutsche Post AG umgewandelt worden.

Bis zum 31. Dezember 1994 hat das Unternehmen DBP POSTDIENST seinen Jahresabschluß nach § 44 Postverfassungsgesetz (PostVerfG) aufzustellen. § 44 PostVerfG bestimmt in Verbindung mit § 45 Abs. 1 und § 39 Abs. 2, daß bei der Erstellung des Jahresabschlusses die „Vorschriften über die Aufstellung des Jahresabschlusses“ (Bilanzierungs-Richtlinie) zu beachten sind.

Die Bilanzierungs-Richtlinie DBP POSTDIENST wurde vom Aufsichtsrat im März 1992 mit dem Zusatz verabschiedet, daß die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten nicht zur Begründung von Forderungen gegenüber dem Bund nach einer zusätzlichen Eigenkapitalausstattung herangezogen werden kann.

Entsprechend den Vorgaben des PostVerfG bestimmen sich die für die Bilanzierungs-Richtlinie maßgeblichen handelsrechtlichen Grundsätze nach den Vorschriften über die Rechnungslegung im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (§§ 238 ff. HGB), wobei vorrangig die für große Kapitalgesellschaften maßgeblichen Vorschriften der §§ 264 ff. HGB übernommen worden sind, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Deutschen Bundespost.

Angegebene Vorjahreszahlen beziehen sich auf den Jahresabschluß zum 31. Dezember 1993. Sie sind im Text in Klammern gesetzt. Soweit nichts anderes angegeben ist, sind sämtliche Beträge in Mio. DM dargestellt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1993 hat das Unternehmen die kaufmännische Buchführung eingeführt. Es nutzt hierbei grundsätzlich Software der Firma SAP Walldorf (SAP). Hierdurch ist das Finanzbuchführungssystem der gehobenen Kameralistik abgelöst worden.

(2) ANPASSUNGEN DER GESETZLICHEN GLIEDERUNGSSCHEMATA

Zum Zwecke einer unternehmensspezifischen Ausgestaltung des Jahresabschlusses wurden in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung einige Anpassungen vorgenommen. Durch sie werden Klarheit und Übersichtlichkeit verbessert.

Die Gliederungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung gehen von den Gliederungsvorschriften der §§ 266 und 275 HGB aus. Jedoch sind wegen der Besonderheiten der Deutschen Bundespost und aufgrund der fortgeführten DM-Eröffnungsbilanz zusätzliche Posten – wie z. B. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung und Sonderrücklage – auszuweisen.

Bei den Finanzanlagen wird der Posten „Ausleihungen für Wohnungsbauförderung“ gesondert ausgewiesen. Es handelt sich dabei um eine Verbundaufgabe, die das Unternehmen DBP POSTDIENST für die gesamte Deutsche Bundespost (DBP) wahrnimmt.

Im Umlaufvermögen und in den Verbindlichkeiten trägt der Ausweis der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber den Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK der besonderen Unternehmensgliederung der DBP Rechnung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde um die Posten „Erträge aus Finanzausgleich“ und „Außerordentliche Aufwendungen“ erweitert. Die Ergänzung um in Vorjahren ausgewiesene „Erträge aus Finanzausgleich“ beruht auf § 37 Abs. 3 PostVerfG, wonach zwischen den DBP-Unternehmen grundsätzlich ein Finanzausgleich vorzunehmen ist, wenn ein Unternehmen die Aufwendungen aus den eigenen Erträgen nicht decken kann. Auf den bisherigen Ausweis der Zwischensumme „Ergebnis nach Ablieferung und Steuern“ wurde zur Verbesserung der Übersicht und Aussagekraft der Gewinn- und Verlustrechnung verzichtet. Im übrigen ist die Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

(3) ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird anhand eines Anlagespiegels (Anlage I) dargestellt. In analoger Anwendung der Übergangsvorschriften des Art. 24 Abs. 6 EGHGB werden dabei die Buchwerte der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1990 als ursprüngliche Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten betrachtet.

(4) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Mit Beginn des Geschäftsjahres (Gj.) 1993 wurde für Neuzugänge die Nutzungsdauer in Anlehnung an die „AfA-Tabelle für die allgemein verwendbaren Anlagegüter“ des Bundesministers der Finanzen neu festgelegt. Für die Wirtschaftsgüter, die bis zum 31. Dezember 1992 angeschafft worden sind und die der Abschreibung unterliegen, wird jedoch die vorherige Nutzungsdauer unverändert beibehalten.

Die gegen Entgelt erworbenen Immateriellen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und über 4 Jahre abgeschrieben. Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden mit ihren Anschaffungskosten (einschließlich Nebenkosten) bzw. Herstellungskosten abzüglich erhaltener Zuschüsse, der planmäßigen und – soweit erforderlich – außerplanmäßigen Abschreibungen, ausgewiesen. Alle Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens werden linear abgeschrieben. Dabei werden Wohn-, Dienst- und Betriebsgebäude bis zu 60 Jahre, Technische Anlagen und Maschinen sowie Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung in längstens 30 Jahren, überwiegend aber über 4 bis 15 Jahre, abgeschrieben.

Unbewegliche Sachanlagegüter (außer Grundstücken) werden grundsätzlich pro rata temporis abgeschrieben. Bei beweglichen Sachanlagegütern wird von der steuerrechtlichen Vereinfachungsregel (bei Zugang im 1. Halbjahr die volle Jahresabschreibungsrate; bei Zugang im 2. Halbjahr eine halbe Jahresabschreibungsrate) Gebrauch gemacht. Geringwertige Anlagegüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben. Anlagen im Bau werden im Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit bzw. der Inbetriebnahme umgebucht.

Die stark eingeschränkte wirtschaftliche und technische Verwertbarkeit des Sachanlagevermögens im Verkehrsgebiet Ost (VGO) ist durch Wertabschläge und Rückstellungen für notwendige Entkernungs- und Instandhaltungsmaßnahmen berücksichtigt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten – z. T. vermindert um angemessene Abschreibungen – aktiviert. Die Ausleihungen sind zu Nennwerten bilanziert.

Unter den Vorräten werden die Hilfs- und Betriebsstoffe „Dienstausstattung“ sowie Waren zu Anschaffungskosten abzüglich angemessener Wertberichtigungen angesetzt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert abzüglich angemessener Einzelwertberichtigungen und pauschaler Abwertungen zur Deckung des allgemeinen Kreditrisikos bilanziert.

Das bei der Aufnahme von Anleihen und Schuldscheindarlehen von den Gläubigern einbehaltene Disagio wird unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und linear über die Laufzeit der Kredite abgeschrieben.

Von der Möglichkeit der Bildung eines Sonderverlustkontos aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 D-Markbilanzgesetz (DMBiG) als Ausgleich für erstmals gebildete Pflichtrückstellungen im VGO wurde in 1990 Gebrauch gemacht.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich die ab dem 1. Januar 1990 erteilten Pensionszusagen, Verpflichtungen aus Nachversicherungen gemäß Art. 131 Grundgesetz sowie aus sonstigen Nachversicherungen. Die Pensionszusagen werden nach versicherungsmathematischen Berechnungen mit dem Teilwert bilanziert. Der Abzinsungssatz beträgt 6 % p. a.

Bei der Bildung der übrigen Rückstellungen ist den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen worden. Sie sind in der Höhe bemessen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Rückzahlungsbetrag angesetzt. Null-Kupon-Postschatzanweisungen sind mit dem abgezinsten Barwert passiviert. Die Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sind grundsätzlich zum Entstehungskurs bewertet, wobei das Niederstwertprinzip berücksichtigt worden ist.

B. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(1) ANLAGEVERMÖGEN

Unter den Immateriellen Vermögensgegenständen wird von Dritten erworbene anwendungsorientierte Software ausgewiesen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im beigefügten Anlagespiegel (Anlage 1) dargestellt. Bei den Zugängen zu Anlagen im Bau handelt es sich im wesentlichen um Investitionen für die neuen Frachtpost- und Briefpostzentren. Die Umbuchungen unter den Anschaffungskosten und den Wertberichtigungen betreffen neben der Inbetriebnahme von Anlagen die Ergebnisse durchgeführter Inventuren. Im Rahmen der Postreform I wurden den Unternehmen DBP POSTDIENST und DBP TELEKOM Immobilien im Verhältnis der Nutzungsanteile zugewiesen. Im Gj. 1994 haben die beiden Unternehmen vereinbart, die durchgeführte Realteilung zu korrigieren und die gemeinsam genutzten Immobilien jeweils in Alleineigentum zu überführen. Diese Korrektur erfolgte ergebnisneutral im Wege des Buchwerttauschs. Übernommene Wertberichtigungen auf Zugänge von DBP TELEKOM für die Zeit vor dem 1. Januar 1994 werden aus Gründen der Klarheit im Anlagespiegel gesondert ausgewiesen.

Eine Aufstellung über die verbundenen Unternehmen sowie die Beteiligungsunternehmen ist als Anlage 2 beigefügt. Gegenüber dem 31. Dezember 1993 haben sich folgende Änderungen ergeben:

- mit Wirkung vom 16.12.1994 hat die DBP POSTDIENST ihre Geschäftsanteile an den verbundenen Unternehmen EMS Kurierpost GmbH, PSG-Postdienst Service Gesellschaft mbH, Deutsche PostConsult GmbH, ISP Immobilien Service POSTDIENST GmbH (bis auf 2 Geschäftsanteile von TDM 200) und an dem Beteiligungsunternehmen Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH (VGB) auf die PDB POSTDIENST Beteiligungen GmbH;
- mit Wirkung vom 16.12.1994 ihre Geschäftsanteile an dem verbundenen Unternehmen Post- Bau- und Wohnungsgesellschaft Köln mbH auf die Postbau Düsseldorf GmbH;
- mit Wirkung vom 20.12.1994 ihre Geschäftsanteile an den verbundenen Unternehmen Postbau Düsseldorf GmbH und Daheim Gemeinnützige Wohnungsbau-GmbH auf die POSTDIENST Wohnbau GmbH;
- mit Wirkung vom 29.12.1994 ihre Geschäftsanteile an dem verbundenen Unternehmen Wohnbau Rhein-Main AG auf die POSTDIENST Wohnbau GmbH

übertragen.

Die PDB POSTDIENST Beteiligungen GmbH hat nach dem Bilanzstichtag gegenüber dem verbundenen Unternehmen GMS Logistik, Gesellschaft für Media Service mbH, eine Rangrücktrittserklärung zu Forderungen im Hinblick auf vorübergehend bestehenden hohen Finanzbedarf abgegeben. An Erträgen sind von verbundenen Unternehmen und von Beteiligungsunternehmen insgesamt 3 Mio. DM (2 Mio. DM) zugeflossen.

Von den Ausleihungen für Wohnungsbauförderung wurden 593 Mio. DM (589 Mio. DM) an verbundene Unternehmen gewährt. Des weiteren betreffen von den Ausleihungen für Wohnungsbauförderung 413 Mio. DM (436 Mio. DM) Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

(2) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Von den ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 2 793 Mio. DM (1 094 Mio. DM) entfallen 169 Mio. DM (93 Mio. DM) auf das DBP-Unternehmen TELEKOM und 184 Mio. DM (- Mio. DM) auf das DBP-Unternehmen POSTBANK.

Von den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen haben alle Posten eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen in Höhe von 2 Mio. DM Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Sie bestehen überwiegend gegenüber ISP Immobilien Service POSTDIENST GmbH. Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren aus sonstigen Forderungen und betreffen im wesentlichen die Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft mbH (Deutschbau).

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden auch Guthaben des Postrentendienstes in Höhe von 477 Mio. DM ausgewiesen. Weitere Erläuterungen hierzu enthält die Ziffer (4). Diesen Guthaben und weiteren 24 Mio. DM Forderungen gegenüber der DBP POSTBANK stehen sonstige Verbindlichkeiten von 501 Mio. DM (746 Mio. DM) gegenüber.

(3) WERTPAPIERE

Bei den ausgewiesenen sonstigen Wertpapieren handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere (Commercial Papers), die der vorübergehenden Anlage liquider Mittel dienen.

(4) FLÜSSIGE MITTEL

Die ausgewiesenen flüssigen Mittel beinhalten im wesentlichen am Bilanzstichtag bestehende Postgiroguthaben und Guthaben bei anderen Kreditinstituten (Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg, etc.). Die im Vorjahr hier ausgewiesenen Postgiroguthaben des Postrentendienstes werden ab dem Gj. 1994 unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen, da es sich um zweckgebundene Mittel handelt, über die die DBP POSTDIENST nicht uneingeschränkt verfügen kann.

(5) SONDERVERLUSTKONTO AUS RÜCKSTELLUNGSBILDUNG VGO

Gemäß § 17 Absatz 4 DMBilG war in der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 in Höhe der erstmals gebildeten handelsrechtlichen Pflichtrückstellungen auf der Aktivseite der Bilanz ein Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung als Bilanzierungshilfe gebildet worden. Das Sonderverlustkonto wurde im Berichtszeitraum entsprechend dem Verbrauch der betreffenden Rückstellungen um 6 Mio. DM abgeschrieben.

(6) EIGENKAPITAL

Das Eigenkapital der DBP POSTDIENST beträgt am Bilanzstichtag 3 836 Mio. DM. Das Eigenkapital hat sich um 2 922 Mio. DM infolge des nicht durchgeführten Finanzausgleichs vermindert. Im Gj. 1994 wurde wie im Vorjahr gemäß § 29 Abs. 4 Haushaltsgesetz 1994 die Ablieferung VGO an die Deutsche Bundespost TELEKOM zur Verstärkung deren Eigenkapitals geleistet. Die ausgewiesene Sonderrücklage gem. § 17 Abs. 4 DMBilG wurde in Höhe des in der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 erstmalig gebildeten Sonderverlustkontos bilanziert und unterliegt – unabhängig von der Entwicklung des Sonderverlustkontos – den Auflösungsbeschränkungen des DMBilG. Sie wird nur zum Ausgleich von Verlusten verwendet. Im Gj. wurde die Rücklage in Höhe von 6 Mio. DM (10 Mio. DM) aufgelöst und beträgt nunmehr 601 Mio. DM (607 Mio. DM).

Nach dem PostVerfG soll die Eigenkapitalquote (Eigenkapital im Verhältnis zum Gesamtkapital) mindestens ein Drittel betragen. Diese gesetzliche Sollvorgabe wird nicht erreicht. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 1994 rund 18%.

(7) RÜCKSTELLUNG FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Die Pensionsrückstellungen umfassen in entsprechender Anwendung des Art. 28 EGHGB nur die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen, soweit sie aus ab dem 01. Januar 1990 neu begründeten Anwartschaften von beamteten Mitarbeitern bzw. Beschäftigten des Leitungsbereichs und hieraus in den Jahren 1990 und später eingetretenen Versorgungsansprüchen einschließlich der Ansprüche auf Witwen- und Waisenrenten resultieren. Die Verpflichtungen des Postdienstes aus entsprechenden bis Ende 1989 erteilten Versorgungszusagen, für die keine Rückstellungen bestehen, betragen 49 832 Mio. DM (47 991 Mio. DM). Für nicht beamtete Mitarbeiter bestehen ferner mittelbare Versorgungszusagen über die Versorgungsanstalt der DBP (VAP). Die hieraus anteilig auf den Postdienst entfallenden mittelbaren Verpflichtungen, versicherungsmathematisch berechnet nach den Grundsätzen des § 6a EStG und nach Verrechnung des am Stichtag vorhandenen Kassenvermögens, sind ebenfalls nicht zurückgestellt; sie betragen 9 403 Mio. DM (9 323 Mio. DM). Daneben bestehen mittelbare Verpflichtungen in Höhe von 943 Mio. DM (943 Mio. DM) infolge möglicher Satzungsänderungen der VAP hinsichtlich des Umfangs der Einbeziehung von Teilzeitkräften.

Ferner bestehen nicht passivierte pensionsähnliche Verpflichtungen (Beihilfen) gegenüber Ruhestandsbeamten und beamteten Pensionsanwärtern sowie deren Familienangehörigen und Hinterbliebenen, die sich überschläglich ermittelt auf 7 500 Mio. DM (7 000 Mio. DM) belaufen.

(8) RÜCKSTELLUNGEN FÜR ABLIEFERUNGEN AN DEN BUND UND FÜR STEUERN

Die DBP POSTDIENST ist als öffentliches Unternehmen von den üblichen Steuerpflichten befreit; stattdessen besteht derzeit die Ablieferungsverpflichtung an den Bund nach § 63 Abs. 1 PostVerfG. Zum 31. Dezember 1994 besteht kein Rückstellungsbedarf.

Steuerliche Außenprüfungen bei der DBP für Umsatzsteuer und abzuführende Lohnsteuer sowie Feststellungen der Direktion Berlin zur Kraftfahrzeugsteuer haben für zurückliegende Zeiträume zu erwartende Nachzahlungen an die Finanzverwaltung ergeben. Hierfür besteht eine Rückstellung von 36 Mio. DM (44 Mio. DM).

(9) SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Die sonstigen Rückstellungen decken alle erkennbaren Risiken ab und enthalten Vorsorge im wesentlichen für:

- Postwertzeichen,
- Entkernung, Entrümpelung, Instandhaltung und sonstige Kosten,
- Briefkonzept,
- Lizenzierung Infopost,
- Drohende Verluste aus Mietverhältnissen,
- Frachtkonzept,
- Vertriebsfilialen,
- Restrukturierung

Darüber hinaus bestehen Rückstellungen für den

- betrieblichen Bereich,
- finanziellen Bereich,
- personellen Bereich,
- und weitere sonstige.

Die Zunahme der Rückstellungen um insgesamt 450 Mio. DM betrifft vor allem betriebsbedingte Anpassungsprozesse in bezug auf Mitbewerber sowie noch zu erbringende Leistungsverpflichtungen.

(10) VERBINDLICHKEITEN

Bei den Anleihen handelt es sich um den postintern festgelegten Anteil des Unternehmens DBP POSTDIENST an den von der DBP am Kapitalmarkt platzierten Postanleihen einschließlich der Null-Kupon-Anleihen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten im wesentlichen Schuldscheindarlehen sowie übernommene Altschulden gegenüber der Deutschen Kreditbank AG – Leipzig.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ergeben sich aus Währungsverbindlichkeiten aus dem Abrechnungsverkehr mit ausländischen Postverwaltungen, aus Investitionen, Baureparaturen u. a.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen Lieferungen und Leistungen. Sie bestehen hauptsächlich gegenüber den Unternehmen EMS-Kurierpost GmbH, Deutsche PostConsult GmbH und Postdienst Wohnbau GmbH. In den Verbindlichkeiten gegenüber POSTBANK, TELEKOM und deren verbundenen Unternehmen sind 414 Mio. DM langfristige Verbindlichkeiten und 56 Mio. DM kurzfristige Verbindlichkeiten enthalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im wesentlichen Löhne, Schuldscheindarlehen (soweit diese nicht in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten sind), Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und betrieblichen Zusatzversorgung, Sozialaufwendungen, Verbindlichkeiten im Postrentendienst und Zinsverbindlichkeiten. Der Verbindlichkeitenspiegel (Anlage 3) gibt einen Überblick über die bestehenden Restlaufzeiten. Zur Besicherung von Verbindlichkeiten wurden in geringfügigem Umfang Grundpfandrechte eingeräumt.

(11) HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Bürgschaftsverpflichtungen bestehen in Höhe von 2 Mio. DM (3 Mio. DM). Sie stehen im Zusammenhang mit der Wohnungsbauförderung.

(12) SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Am Bilanzstichtag bestanden an sonstigen finanziellen Verpflichtungen 1 361 Mio. DM (2 083 Mio. DM). Hiervon betreffen 53 Mio. DM (890 Mio. DM) das Bestellobligo für Investitionen. Der Restbetrag entfällt im wesentlichen auf künftige Miet-, Pacht- und Leasingzahlungen.

C. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(1) STRUKTUR DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zusammengefaßt nach den wichtigsten Ertrags- und Aufwandsarten zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1994 folgendes Bild:

	1994	1993
Umsatzerlöse	24.807	(23.697)
Übrige Erträge	3.558	(3.714)
	28.365	(27.411)
Materialaufwand	-2.997	(-3.406)
Personalaufwand	-20.569	(-21.272)
Abschreibungen	-1.236	(-760)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.974	(-2.135)
Beteiligungs-, Finanz- und Zinsergebnis	-332	(-11)
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	257	(-173)
Außerordentliche Aufwendungen	-876	(0)
Ablieferungen an den Bund und Steuern	-2.303	(-2.294)
Erträge aus Finanzausgleich	0	(726)
Jahresfehlbetrag	-2.922	(-1.741)
Erträge aus Rücklagenauflösung	6	(10)
Verlustvortrag	-3.019	(-1.288)
Bilanzergebnis	-5.935	(-3.019)

(2) UMSATZERLÖSE NACH SPARTEN

	1994	(1993)
Umsatz Sparte Briefpost		
– Brief- und Infopost	17.237	(16.740)
– Pressepost	1.343	(1.173)
gesamt	18.580	(17.913)
Umsatz Sparte Internationale Post	2.016	(1.897)
Umsatz Sparte Frachtpost	3.891	(3.690)
Sonstige Umsatzerlöse	320	(197)
Umsatzerlöse gesamt	24.807	(23.697)

Gegenüber dem Vorjahr wird die Internationale Post (Erträge aus dem Auslandsverkehr) als eigenständige Sparte ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen sind angepaßt.

Umsatzerlöse für Marktleistungen an die Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK sind mit 951 Mio. DM (923 Mio. DM) enthalten; Kostenerstattungen aus Verbund- und Serviceleistungen an die Schwesterunternehmen sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Seit dem Gj. 1994 sind die Zuführungen zu der Postwertzeichen-Rückstellung in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

(3) ÜBRIGE ERTRÄGE

Die übrigen Erträge beinhalten fast ausschließlich „sonstige betriebliche Erträge“. Bestandsveränderungen liegen nicht vor.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen überwiegend Erträge aus Verbund- und Serviceleistungen an die Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK in Höhe von 2 351 Mio. DM (2 966 Mio. DM). Hiervon entfallen auf DBP TELEKOM 1 011 Mio. DM (1 359 Mio. DM) und auf DBP POSTBANK 1 340 (1 607 Mio. DM).

(4) MATERIALAUFWAND

Der Materialaufwand teilt sich wie folgt auf:

	1994	(1993)
Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	426	(655)
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.571	(2.751)
	2.997	(3.406)

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren betreffen insbesondere Kosten für Druckerzeugnisse und Büromaterial sowie Betriebsstoffe für Kraftfahrzeuge.

Von den 2 571 Mio. DM (2 751 Mio. DM) an Aufwendungen für bezogene Leistungen entfallen auf Beförderungskosten 1 330 Mio. DM (1 383 Mio. DM), Instandhaltungen 636 Mio. DM (732 Mio. DM) und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK 299 Mio. DM (338 Mio. DM).

(5) PERSONALAUFWAND

Der Personalaufwand verteilt sich wie folgt:

	1994	(1993)
Löhne, Gehälter und Bezüge	14.125	(15.133)
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.444	(6.139)
(davon für Altersversorgung)	(3.904)	(3.656)
	20.569	(21.272)

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 700 Mio. DM vermindert. Die Aufwandsminderung resultiert aus der Rückführung der Beschäftigtenzahl. Daneben wirkte sich auch die moderate und zeitlich versetzte Bezügeerhöhung für 1994 (Beamte, je nach Besoldungsgruppe, ab dem 1.10.1994 bzw. 1.1.1995; Angestellte und Arbeiter, je nach Vergütungs-/Lohngruppe, ab dem 1.7. bzw. dem 1.9.1994) ebenfalls kostengünstig auf die Personalkosten aus.

(6) ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungen entfallen auf:

	1994	(1993)
Abschreibungen auf immaterielle Anlagen und auf Sachanlagen	1.230	(750)
Abschreibungen auf Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	6	(10)
	1.236	(760)

Neben planmäßigen Abschreibungen von 818 Mio. DM (727 Mio. DM) sind auch außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen von 412 Mio. DM (23 Mio. DM) enthalten. Die außerplanmäßigen Abschreibungen begründen sich im wesentlichen wie folgt:

- 43 Mio. DM Mietereinbauten in angemieteten Gebäuden.

Überprüfungen haben ergeben, daß in dieser Höhe zu hohe Anschaffungs-/Herstellungskosten aktiviert worden sind.
- 63 Mio. DM für ein leerstehendes Betriebsgebäude.

Dieses Gebäude wird betrieblich nicht benötigt. Bei einem Verkauf ist mit erheblichen Preisabschlägen zu rechnen.
- 36 Mio. DM bei Gebäuden.

Überprüfungen der Gebäudebestände ergaben einen außerplanmäßigen Abschreibungsbedarf in der oben angeführten Höhe.
- 256 Mio. DM bei Brief-, Paket- und Päckchenverteilanlagen.

Bei diesen technischen Anlagen, die noch eine kurz- bis mittelfristige Restnutzungsdauer aufweisen, fanden betriebliche Stilllegungen statt. Eine anderweitige betriebliche Nutzung bzw. Verwertbarkeit besteht nicht.

(7) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im wesentlichen Verwaltungs- und Vertriebskosten wie Mieten, Pachten, Reisekosten und sonstige Gemeinkosten, der Aufwand für verschiedene Rückstellungszuführungen, die Bildung von Wertberichtigungen sowie Aufwendungen aus Verlustübernahmen ausgewiesen.

Kostenbelastungen von den Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK sind mit 247 Mio. DM (260 Mio. DM) enthalten.

(8) BETEILIGUNGS-, FINANZ- UND ZINSERGEBNIS

Das Beteiligungs-, Finanz- und Zinsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>1994</u>	<u>(1993)</u>
Erträge aus Beteiligungen	3	(2)
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(1)	(1)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-85	(-7)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	209	(396)
(davon aus DBP POSTBANK und DBP TELEKOM)	(126)	(208)
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(5)	(9)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-459	(-402)
(davon an DBP POSTBANK und DBP TELEKOM)	(-125)	(-227)
(davon an verbundene Unternehmen)	(-)	(-)
	<u>-332</u>	<u>(-11)</u>

(9) ABSCHREIBUNGEN AUF FINANZANLAGEN

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen fast ausschließlich die Anteile an verbundenen Unternehmen.

(10) AUSSERORDENTLICHE AUFWENDUNGEN

Die außerordentlichen Aufwendungen stellen zugleich das außerordentliche Ergebnis dar.

Im Zusammenhang mit der strategischen Neuausrichtung in den Kerngeschäften Brief- und Frachtpost bilden die Brief- und Frachtkonzepte einen Schwerpunkt. Ziel ist es, die Aufbau- und Ablauforganisation zu optimieren.

Parallel zur Realisierungsphase dieser neuen Konzepte wurde der bisherige Gebäudebestand dahingehend überprüft, inwieweit dieser den neuen betrieblichen Anforderungen entspricht. Der sich durch die oben angeführte Unternehmensumstrukturierung ergebende außergewöhnlich hohe Abschreibungsbedarf von 876 Mio. DM ist als außerordentliche Aufwendungen auszuweisen.

(11) ABLIEFERUNGEN AN DEN BUND, STEUERN

Von dem Gesamtbetrag entfallen auf:

	<u>1994</u>	<u>(1993)</u>
Ablieferungen an den Bund	2.190	(2.181)
Sonstige Steuern	113	(113)
	<u>2.303</u>	<u>(2.294)</u>

Für das Gj. 1994 hat das Unternehmen gemäß § 63 Abs. 1 PostVerfG Ablieferungen auf der gleichen Grundlage wie für das Gj. 1993 gezahlt.

Die anteilige Ablieferung für das VGO wurde im Gj. 1994 gemäß § 29 Abs. 4 Haushaltsgesetz an die DBP TELEKOM zur Verstärkung des Eigenkapitals geleistet.

In den sonstigen Steuern sind an pauschalen Lohnsteuern 94 Mio. DM (102 Mio. DM) enthalten.

(12) FINANZAUSGLEICH

Für das Gj. 1994 wird von der DBP TELEKOM kein Finanzausgleich gezahlt. Die noch aus dem Finanzausgleich 1993 bestehende Restforderung wird zum 1. Januar 1995 mit der DBP TELEKOM verrechnet.

(13) JAHRESFEHLBETRAG

Das Unternehmen DBP POSTDIENST schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 2.922 Mio. DM ab.

(14) ERTRÄGE AUS DER AUFLÖSUNG DER SONDERRÜCKLAGE GEMÄß § 17 ABS. 4 DMBILG

Die für das VGO bestehende Sonderrücklage wurde im Gj. in Höhe von 6 Mio. DM zum Ausgleich von Verlusten aufgelöst.

(15) BILANZERGEBNIS

Der Bilanzverlust beträgt 5.935 Mio. DM. Nach § 7 PostUmwG hat die Deutsche Telekom AG grundsätzlich die zum 31. Dezember 1994 ausgewiesenen Verlustvorträge einschließlich des Jahresfehlbetrags 1994 zu übernehmen. Aufgrund von getroffenen Vereinbarungen wird allerdings ein Teil des Bilanzverlustes nicht übernommen.

D. SONSTIGE ANGABEN**(1) BESCHÄFTIGTE**

Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt beschäftigt:

	<u>1994</u>	<u>1993</u>
Beamte	159.600	165.462
Angestellte	35.390	39.426
Arbeiter	147.423	154.340
Summe	<u>342.413</u>	<u>359.228</u>

In den Personalzahlen sind 16.341 (14.751) Mitarbeiter enthalten, die sich in Urlaub ohne Bezüge befanden. Daneben wurden 8.775 (12.056) Nachwuchskräfte beschäftigt; diese sind in den obigen Personalzahlen nicht enthalten.

(2) MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Die Mitglieder sind in der Anlage 4 im einzelnen aufgeführt.

(3) BEZÜGE DES AUFSICHTSRATS UND DES VORSTANDS

Die Aufwendungen im Abschlußzeitraum betragen für den Aufsichtsrat 0,8 Mio. DM (0,8 Mio. DM) und für amtierende Mitglieder des Vorstandes 3,5 Mio. DM (3,1 Mio. DM) sowie für ehemalige Mitglieder des Vorstandes 0,2 Mio. DM (Vorjahr 0,2 Mio. DM).

Anlage 1 zum Anhang

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 1994 (in TDM)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Wertberichtigungen						Buchwerte	
	Stand 1.1.1994	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.1994	Stand 1.1.1994	Zugänge von Telekom	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.1994	Stand 31.12.1994	Stand 31.12.1993
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	49.199	15.108	12.042	2.181	74.168	25.845	0	13.639	8.512	2.090	45.906	28.262	23.354
II. Sachanlagen 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.660.896	1.161.533	743.046	707.977	11.857.498	1.489.490	71.844	1.312.865	-190.996	107.521	2.575.682	9.281.816	9.171.406
2. Technische Anlagen und Maschinen	975.001	477.298	721.758	42.694	2.131.363	266.116	0	409.619	31.525	28.559	678.701	1.452.662	708.885
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.136.519	696.337	232.920	357.258	2.708.518	1.269.508	0	369.960	236.661	286.321	1.589.808	1.118.710	867.011
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.872.910	529.965	-1.709.766	16.026	677.083	95.398	0	0	-85.702	9.696	0	677.083	1.777.512
	15.645.326	2.865.133	-12.042	1.123.955	17.374.462	3.120.512	71.844	2.092.444	-8.512	432.097	4.844.191	12.530.271	12.524.814
III. Finanzanlagen 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	310.965	214.462	0	215.767	309.660	41.345	0	84.916	0	68.061	58.200	251.460	269.620
2. Beteiligungen	57.320	0	0	27.360	29.960	284	0	33	0	0	317	29.643	57.036
3. Ausleihungen für Wohnungsbauförderung	3.047.795	48.729	0	238.003	2.858.521	0	0	0	0	0	0	2.858.521	3.047.795
4. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	39.857	74	0	8.924	31.007	0	0	0	0	0	0	31.007	39.857
	3.455.937	263.265	0	490.054	3.229.148	41.629	0	84.949	0	68.061	58.517	3.170.631	3.414.308
	19.150.462	3.143.506	0	1.616.190	20.677.778	3.187.986	71.844	2.191.032	0	502.248	4.948.614	15.729.164	15.962.476

Anlage 2 zum Anhang

Deutsche Bundespost POSTDIENST

**Übersicht über verbundene Unternehmen
und Beteiligungsunternehmen zum 31. Dezember 1994**

I. Verbundene Unternehmen

Gesellschaft	Sitz	Eigenkapital (nominal)	Kapital- anteil	Ergebnis d. letzten Geschäftsjahres nach Steuern – TDM –
		– TDM –	%	
POSTDIENST Wohnbau GmbH	Bonn	76.000	100,0	-101 (1993)
ISP Immobilien Service POSTDIENST GmbH	Bonn	20.000	1,0	172 (1993)
PDB POSTDIENST Beteiligungen GmbH	Berlin	25.000	100,0	-23.576 (1993)

II. Beteiligungsunternehmen

Gesellschaft	Sitz	Eigenkapital (nominal)	Kapital- anteil	Ergebnis d. letzten Geschäftsjahres nach Steuern – TDM –
		– TDM –	%	
Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft mbH	Berlin/D'dorf	50.000	41,66	34.395 (1993)
GWG Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Baden-Württemberg AG	Stuttgart	12.750	34,51	4.948 (1993)
Aktiengesellschaft Hellerhof	Frankfurt	26.017	15,09	24 ¹⁾ (1993)
Gewobau Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH	Bad Kreuznach	1.856	7,00	634 (1993)
Fernkälte Geschäftsstadt Nord GbR	Hamburg	3.167	10,95	0 (1993)
Bahnbetriebsgesellschaft Borsigwalde GmbH	Berlin	56	3,38	7 (1993)
Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste GmbH	Bad Honnef	50	15,00	0 (1993)

¹⁾ garantierte Dividende

Anlage 3 zum Anhang

Verbindlichkeitspiegel

	Stand 31.12.1994 – in TDM –			Stand 31.12.1993 – in TDM –		
	insgesamt	davon Rest- laufzeit bis 1 Jahr	davon Rest- laufzeit über 5 Jahre	insgesamt	davon Rest- laufzeit bis 1 Jahr	davon Rest- laufzeit über 5 Jahre
Anleihen	5.570.975	120.000	4.770.975	1.747.598	80.023	900.000
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.680.562	158.730	632.773	232.291	100.041	2.944
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	853.744	853.744	0	674.639	674.639	0
Verbindlichkeiten gegenüber ver- bundenen Unternehmen	20.581	20.581	0	2.522	2.522	0
Verbindlichkeiten gegenüber DBP POSTBANK und mit DBP TELEKOM verbundenen Unternehmen	914.636	56.008	413.913	2.696.824	1.990.896	456.009
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteili- gungsverhältnis besteht	387	387	0	199	199	0
Sonstige Verbindlichkeiten	1.829.106	1.724.478	83.588	1.817.601	1.745.797	47.037
davon aus Ablieferung an den Bund und aus Steuern TDM 214.750; (Vorjahr: TDM 216.393) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit TDM 75.289; (Vorjahr: TDM 71.357) davon durch Grundpfand- rechte gesichert TDM 4.496; (Vorjahr: TDM 4.892)						
Gesamt:	10.869.991	2.933.928	5.901.249	7.171.674	4.594.117	1.405.990

Anlage 4 zum Anhang

1. Mitglieder des Vorstands

Dr. Klaus Zumwinkel
(Vorstandsvorsitzender)
Richard Wohlfart (bis 31.12.94)
Dr. Helmut Benno Staab (ab 1.12.94)
Dieter Seegers-Krückeberg
Dr. Günter W. Tumm
Dr. Hans-Dieter Petram
Wolfhard Bender
Dr. Edgar Ernst

2. Mitglieder des Aufsichtsrats

Vorsitzender:	Dr. h. c. Walter Trux (bis 19.8.94 Vorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrats)
stellv. Vorsitzender:	Dr. Werner Dollinger (ab 21.9.94 Vorsitzender)
Vertr. des Bundes:	Kurt van Haaren Helmuth Becker Alfred Breier Dr. Peter Klemm (bis 29.8.94) Dr. Manfred Overhaus (ab 30.8.94) Dr. Klaus Rauscher Wilhelm Rawe (ab 30.8.94) Dr. Erich Riedl
Vertr. der Anwender und Kunden	Willem G. van Agtmael Hero Brahms Eberhard Ebner Winfried E. Frank Ida Krinner Siglinde Porsch Dieter Weirich
Vertr. des Personals des Unternehmens	Gebhard Gotterbarm Horst Kissel Günter Nehls Christine Saurer Siegfried Schulze Erwin Wohlketzter

Bestätigungsvermerk

Zu dem vorstehenden Jahresabschluß zum 31. Dezember 1994 und Lagebericht der Deutsche Bundespost POSTDIENST, Bonn, erteilen wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Die Buchführung und der Jahresabschluß des öffentlichen Unternehmens Deutsche Bundespost POSTDIENST entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften über die Aufstellung des Jahresabschlusses nach § 39 Postverfassungsgesetz. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.“

Essen, den 9. Mai 1995

C&L TREUHAND-VEREINIGUNG
DEUTSCHE REVISION
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(B. Klotzbach)
Wirtschaftsprüfer

(Dr. K.-D. Steinfels)
Wirtschaftsprüfer

Herausgegeben von der Deutschen Post AG
Generaldirektion
Geschäftsbereich Unternehmenskommunikation
53105 Bonn

Telefon (0228) 182-9988
Telefax (0228) 182-9880

Verantwortlich: Dr. Gert Schukies

Koordination/Redaktion: Dipl.-Volksw. Birgit Hensel

Konzeption/Realisation: P&P

Fotos: Dalchow, Darchinger, Slominski, Werbeagentur Pütz

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigstelle Bonn

MatNr 675-200-072